

SDP

Gerechte Öffnung der Tagespresse für alle Parteien und Organisationen

Im Interesse ausgewogener Rahmenbedingungen für die Führung des politischen Meinungsstreites im Vorfeld der Wahlen müssen alle am Runden Tisch beteiligten Parteien und Organisationen die Möglichkeit erhalten, sich ab sofort öffentlich zu äußern. Es muß für jede Partei möglich sein, sich in der Tagespresse darzustellen. Dies ist bislang nicht der Fall. Aufgrund der Eigentumslage wird in den nächsten Wochen in der DDR keine unabhängige Tagespresse verlegt werden können. Deshalb unterbreiten wir dem Runden Tisch den Vorschlag, im Interesse eines fairen Wahlkampfes und eines wirklichen politischen Dialoges folgenden Beschluß zu fassen:

Allen Parteien und Gruppierungen des Runden Tisches, die über keine eigene Tageszeitung verfügen, wird das Recht eingeräumt, bei jeder der in der DDR verlegten Tageszeitungen eine oppositionelle Redaktion neben der Stammredaktion zu bilden. Diese oppositionellen Redaktionen arbeiten unabhängig und tragen die redaktionelle Verantwortung für einen zwischen der entsprechenden Redaktion und den neuen Parteien eigenständig auszuhandelnden Umfang der Zeitung. (Die jeweilige Redaktion der oppositionellen Gruppen muß die Möglichkeit erhalten, bis zur Hälfte des politischen Teils einer jeden Tageszeitung einnehmen zu können.)